

Signatur

P.
Grauert, Ludwig
Datum 12. April 1934

0 6 4 5 5

0001 BEC

Deutsche Bergwerks-Zeitung (Düsseldorf)

Nr. 84 •

Ludwig Grauert ein Jahr Staatssekretär im preußischen Ministerium des Innern

Berlin, 10. April. Zu den Zentralbehörden, die gleich zu Beginn der neuen Zeit in größter Aktivität standen, gehörte besonders das preußische Ministerium des Innern. Nicht nur die innere Verwaltung von zwei Dritteln des Reichs lief in dieser Spitze zusammen, sondern auch zwei Drittel der gesamten Polizei des Reiches unterstanden dem preußischen Innenminister. Es besteht kein Zweifel, daß für den Minister die Person eines ständigen Vertreters, des Staatssekretärs, von besonderer Bedeutung ist. Auch hier hat sich die geschickte Hand Görings gezeigt, als er am 11. April 1933 den Ministerialdirektor Ludwig Grauert zu seinem Staatssekretär im Ministerium des Innern ernannte.

Grauert hatte schon bei der Umorganisation der Schutzpolizei Außerordentliches geleistet. Viele wichtige Verordnungen und Gesetze sind während des zurückliegenden Jahres aus dem Ministerium des Innern hervorgegangen. Es erfolgte zunächst die personelle Reinigung und Umorganisation auf dem Gebiete der Polizei, es kam die übrige personelle Siebung und Umgruppierung im Bereich des Innenressorts. Im Gesetz über den neuen Staatsrat fand das Führerprinzip in Preußen staatsrechtlichen Ausdruck. Das Provinzialratsgesetz kam, die Verschiedenheiten in den Kommunalverhältnissen wurden durch das Gemeindeverfassungsgesetz auf eine einheitliche Linie gebracht, für eine finanzielle Neuordnung der Gemeinden wurde das Gemeindefinanzgesetz geschaffen. Ferner hat der Innenminister vor kurzem die Polizeiverordnung über den Straßenverkehr neu geregelt. Der Schulung und Erziehung der Beamtenschaft hat der Staatssekretär seine besondere Fürsorge angedeihen lassen.

Der Krieg macht sich bei Grauert noch ab und zu bemerkbar. Eine schwere Kriegsverwundung zwingt ihn, sich von Zeit zu Zeit in ärztliche Behandlung zu begeben. Aber an der Energie Grauerths haben seine vier Verwundungen nichts ändern können. Als es kurz vor Kriegsende mit den zerschossenen Gliedern im Schützengraben nicht mehr ging, trat Grauert bei den Fliegern ein. Als der Fliegerleutnant sich auf dem Wege zu seiner Jagdstaffel befand, erreichte ihn die Nachricht vom Abschluß des Waffenstillstandes. Aber mit dem Feind sollte er doch noch einmal in Berührung kommen. Während der Besetzung des Ruhrgebiets ist Grauert von den Belgiern verhaftet und eingesperrt worden.

Grans

0 6 4 5 5 J 0002 BEC

Datum 9. Jan. 1936

Deutsche Bergwerks-Zeitung (Düsseldorf)

Nr. 7

Staatssekretär Grauert 45 Jahre alt

Ludwig Grauert, Staatssekretär im Reichs- und Preussischen Ministerium des Innern und Brigadeführer der SS., vollendet am 9. Januar sein 45. Lebensjahr. Staatssekretär Grauert ist gleich nach der Machtübernahme vom Preussischen Ministerpräsidenten Hermann Göring in das Innenministerium berufen worden, wo ihm das Amt des Staatssekretärs übertragen wurde. In der alle Kräfte anspannenden Zeit des Aufbaus entstanden im Bereich des Ressorts, um nur einiges zu nennen, die großen Gesetze über den Preussischen Staatsrat, über den Provinzialrat, ferner das Gemeindeverfassungsgesetz und das Gemeindefinanzzgesetz, die dann beide später ihre endgültige, lapidare Zusammenfassung in der Deutschen Gemeindeordnung gefunden haben. Daneben vollzogen sich nach den Richtlinien des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums die Mobilisierung des preussischen Beamtentums im Sinne des nationalsozialistischen Staates und sonstige notwendige und weitgehende Umgestaltungen.

Im Mai 1934 übernahm Reichsinnenminister Dr. Frick in Personalunion die Leitung auch des Preussischen Innenministeriums, ein Vorgang, dem dann am 1. November die Realunion folgte. In diesem nunmehr Reichs- und Preussischen Ministerium des Innern unterstehen Staatssekretär Grauert jetzt die sozusagen auf das Reichsgebiet ausgedehnten, traditionellen Abteilungen des alten Preussischen Innenministeriums: die Personalabteilung, die Polizei und die Kommunalabteilung. Auf diesen Gebieten hat sich der Staatssekretär häufig publizistisch betätigt. U. a. ist er Mitherausgeber der Sammlung des gesamten Preussischen Rechts „Freisler-Grauert, Das neue Recht in Preußen“ und gibt auch gemeinsam mit dem Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts, Prof. Dr. Drews, das altbewährte Brauchtsche Standardwerk der Verwaltung neu heraus.

In einem Merkspruch an die Polizeibeamten hat Staatssekretär Grauert einmal geschrieben: „Die Polizei ist der sinnfälligste Ausdruck der Autorität des Staates. Daher muß jeder Polizeibeamte in und außer Dienst so vorbildlich handeln, daß er dadurch allein schon zum Werber des neuen Staates wird.“ Diese Haltung nimmt der Staatssekretär für sich selbst in Anspruch, fordert sie aber auch von allen seinen Mitarbeitern.

Deutscher Reichsanzeiger und Preussischer Staatsanzeiger (Berlin)

Nr. 99 . . .

„Gemeinde und Wirtschaft.“

Ein Vortrag des Staatssekretärs Grauert in Duisburg.

Im Rahmen eines von der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel veranstalteten Vortragsabends hielt Staatssekretär Grauert vom Reichs- und Preussischen Innenministerium in Anwesenheit des Oberpräsidenten Gauleiters Terboven und zahlreicher führender Männer aus Partei und Staat, aus Gemeindevertretungen, Wirtschaft und Wissenschaft aus dem ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet einen bedeutenden Vortrag zu dem Thema „Gemeinde und Wirtschaft“.

Staatssekretär Grauert stellte in seinem Vortrag aus der Vielheit der Beziehungen zwischen Gemeinde und Wirtschaft drei wesentliche Fragenkreise heraus: Die Leistungen der Gemeinde für die Wirtschaft, die Gemeinde als Organ, durch deren Einfluß ein modernes Wirtschaftsleben überhaupt erst möglich wird, und die Bedeutung der Gemeinde als Auftraggeber der Wirtschaft. Sodann beschäftigte er sich mit dem Problem der Gegenleistungen der Wirtschaft und schließlich mit der Frage der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinde an sich und dem Verhältnis der Privatwirtschaft zur öffentlichen Wirtschaft. Unter Betonung der Aufgabe der Gemeinde, das Wohl ihrer Einwohner zu fördern und dazu beizutragen, der Einwohnerschaft Brot und Arbeit zu beschaffen, bezeichnete er es als einen durchaus im Rahmen gemeindlicher Tätigkeit liegenden Vorgang, durch Leistungen ihre Wirtschaft zu fördern. Dabei müsse aber die besondere Leistung der Gemeinde die Leistung für die Gemeinschaft sein.

Staatssekretär Grauert bezifferte die Gesamtsumme der Aufträge von Reich, Ländern und Gemeinden zugunsten der Wirtschaft im Rechnungsjahr 1929/30 auf 8½ bis 9 Mrd. RM, wovon auf die Gemeinden und Gemeindeverbände schätzungsweise etwa 5½ Mrd. RM entfielen. Die Auftragserteilung der Gemeinden und Gemeindeverbände an die Privatwirtschaft bezifferte er für das Jahr 1933/34, das letzte, für das einwandfreies Zahlenmaterial vorliegt, mit 3,7 Mrd. RM. Wenn diese Zahlen auch erheblich hinter den 5½ Mrd. RM des Rechnungsjahres 1929/30, das letzte der großen Scheinkonjunktur, zurückblieben, so dürfe doch nicht vergessen werden, daß sich inzwischen ein beispielloser Zusammenbruch der gesamten kommunalen Finanzen ereignet habe. Der Vortragende nannte es eine Großtat des neuen Staates, wenn trotz dieses Zusammenbruchs die Gemeindefinanzen in der kurzen Zeit seit der Machtübernahme schon so weitgehend geordnet werden konnten, daß die Privatwirtschaft wieder Aufträge in einem Ausmaß von 3,7 Mrd. RM erhalten konnte. Staatssekretär Grauert verwies auf die besonders wichtige Aufgabe der Gemeinde, durch eine verstärkte Auftragserteilung in Zeiten der Depression Krisenauswirkungen entgegenzuwirken. — Die Wiedergesundung der Gemeindefinanzen habe in den letzten Jahren dazu geführt, daß

eine Erhöhung der gemeindlichen Lasten nicht mehr einzutreten brauchte. Oberster Grundsatz für die Gestaltung des Haushaltsplanes der Gemeinde sei sparsamste und wirtschaftliche Finanzgebarung. Die Steuerkraft der Einwohner und der Wirtschaft sei pfleglich zu behandeln und bei der Gestaltung des Haushaltsplanes darauf zu achten, daß die Hauswirtschaft der Zukunft nicht ungebührlich zugunsten der Gegenwart belastet wird. Die erste Anforderung an eine vernünftige gemeindliche Finanzpolitik sei deren Stetigkeit nicht nur auf der Ausgabenseite, sondern auch in den Einnahmen. Die gleichlaufenden Interessen von Staat, Gemeinde und Wirtschaft sprächen dafür, daß der bei Konjunkturschwankungen erforderliche Ausgleich in der Gemeinde selbst gefunden werden muß, daß also hierfür weder die Steuerzahler, die Wirtschaft noch der Staat herangezogen werden. Dazu gehöre zwangsläufig aber eine gewisse Rücklagenbildung, und erst dann werde an eine Senkung der öffentlichen Lasten in den Gemeinden herangegangen werden können. Wenn einmal die Frage der Lastenentlastung wirklich akut werde, müsse ernstlich geprüft werden, ob dann nicht doch der Senkung der Tarifzuschläge der Vorrang zuzuerkennen wäre. Zu der Frage, wann und wie die Gemeinde nun selbst wirtschaften dürfe und könne, verwies der Vortragende auf die deutsche Gemeindeordnung, die davon ausgeht, daß die Gemeinde in erster Linie eine politische Einheit und nicht eine Wirtschaftseinheit ist. Die Gemeinde dürfe das Gebiet der Wirtschaft nur dann betreten, wenn hierzu eine kommunalpolitische Notwendigkeit bestehe. Es komme darauf an, daß die Leistungen und Lieferungen des jeweiligen gemeindlichen Unternehmens selbst einem öffentlichen Zweck dienen (Versorgungswirtschaft), daß sich die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinden und zum voraussichtlichen Bedarf halten muß, und daß der verfolgte Zweck nicht besser durch einen anderen erfüllt werden kann.

Staatssekretär Grauert schloß seinen Vortrag mit der Feststellung, daß die zielbewusste Aufbauarbeit des nationalsozialistischen Staates auch an der Neuordnung der Beziehungen der Gemeinde zur Wirtschaft nicht vorbeigegangen ist. Das Ziel sei, die Gemeinde wieder zu einem voll leistungsfähigen Teil des Gesamtorganismus der deutschen Verwaltung zu machen. Gesunde Gemeinden mit geordneten Gemeindefinanzen aber würden mit Sicherheit dazu beitragen, der Wirtschaft die Grundlage zu schaffen, die sie braucht, um nach dem Ziel und Willen des Führers zu arbeiten für die Wiedererringung der Weltgeltung unseres deutschen Volkes und für Arbeit und Brot für jeden deutschen Volksgenossen.

Signatur *P. H. Grauert*

0 6 4 5 5

0004 BEC

Datum 25. Mai 1936

Nieuwe Rotterdamsche Courant (Rotterdam)

Nr. 145

Dr. Grauert gaat heen.

Naar de Berlijnsche correspondent van de Neue Zürcher Ztg. verneemt, heeft dr. Ludwig Grauert, staatssecretaris in het rijks- en Pruisische ministerie van binnenlandsche zaken een verlot van onbepaalden duur gekregen, dat feitelijk neerkomt op een ontslag.

Grauert was, vóór de nationaal-socialisten aan het bewind kwamen, Duitsch Nationaal. Als secretaris van den West-Duitschen Bergbauverein heeft hij niettemin met Fritz Thyssen in de jaren 1931—'33 de opkomst van Hitler bevorderd en daaraan is het toe te schrijven dat Goering hem in Februari 1933 tot chef der afdeling politie in het Pruisische ministerie van binnenlandsche zaken koos. Kort daarop werd hij tot staatssecretaris benoemd. Na de smelting van het Pruisische met het rijksministerie van binnenlandsche zaken, heeft Grauert zich weer uitsluitend aan het beheer der politie gewijd.

De redenen van het ontslag zijn niet volkomen duidelijk. Het naast elkaar bestaan van verschillende politiemachten, onder welke de Gestapo en de veiligheidsdienst van de S.S. die niet onder het ressort van binnenlandsche zaken vallen, schijnt in de practijk op vele, niet gemakkelijk op te lossen vraagstukken vast te loopen. Het ontslag van Grauert zal misschien tot de instelling van een rijks-veiligheidsdepartement leiden, met een der partijleiders als chef. Staatssecretaris Grauert, die katholiek was, heeft bij benoemingen van zijn medewerkers dikwijls aan geloofsgenooten de voorkeur gegeven. Dat is hem hier en daar kwalijk genomen.

Völkischer Beobachter (Berlin)

Nr. 180 . .

Staatssekretär Grauert in den einstweiligen Ruhestand versetzt

Berlin, 27. Juni.

Der Führer und Reichkanzler hat durch Erlaß vom 26. Juni 1936 den Staatssekretär im Reichs- und Preussischen Ministerium des Innern, Grauert, auf seinen Antrag in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Aus diesem Anlaß hat der Führer und Reichkanzler folgendes Dankschreiben an den Staatssekretär Grauert gerichtet:

„Ihren Antrag auf Versetzung in den einstweiligen Ruhestand habe ich mit Wirkung vom 1. Juli d. J. durch den beiliegenden Erlaß vom heutigen Tage entsprochen.

Ich benutze diese Gelegenheit, Ihnen für die wertvollen Dienste, die Sie seit der Machtübernahme im Preussischen Ministerium des Innern und später in dem vereinigten Reichs- und Preussischen Ministerium des Innern geleistet haben, meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen.

Ich behalte mir Ihre Wiederverwendung bei sich bietender Gelegenheit vor.“

*
Das Ausscheiden des Staatssekretärs Grauert als zweiter Staatssekretär des Reichs- und Preussischen Ministeriums des Innern ergab sich aus der Notwendigkeit der strafferen Zusammenfassung der Geschäfte des Ministeriums auch in der Person des Vertreters des Reichs- und Preussischen Ministers des Innern Dr. F. v. Staatssekretär B u n d n e r leitet nunmehr als alleiniger Staatssekretär die Geschäfte sämtlicher Abteilungen des Ministeriums.

Die polizeilichen Angelegenheiten sind unter dem Chef der deutschen Polizei im Reichs- und Preussischen Ministerium des Innern, Reichsführer SS. H i m m l e r, zusammengefaßt, der dem Minister persönlich und unmittelbar untersteht.

Die Stellung des Reichsarbeitsführers Staatssekretär H i e r l ist durch die Neuordnung nicht berührt.